

und Veredlung des Volkes ist, kann nimmermehr im Eigenthume einer Oligarchie oder einer regierenden Familie stehen. Duldeten nun die souverainen Fürsten neben ihrem, dazu oft verwerflichen Sonderwillen, keinen sonstigen Volkswillen, so war das die auf die Spitze getriebene französische Fürsten-Souverainität!

Die vergeltende Gerechtigkeit blieb auch hier nicht aus, und in demselben Frankreich erhob sich 1789 die s. g. Volkssouverainität. Sie ist das getreu kopirte Gegenstück der Königsouverainität, und enthält daher auch dieselben Unwahrheiten und Verkehrtheiten. Nach dem damit verbundenen Begriffe ignorirt der Theil des Volkes, welcher bisher Nichts im Staate war und gar keine eigenberechtigte Stimme hatte, den bisherigen Souverain. Jenes Volk beilegt sich die Souverainität, die alleinige Stimme, und nimmt umgekehrt dem Fürsten jede eigenberechtigte Stimme. Als Folge davon macht es den bisherigen Fürsten, welcher früher das übrige Volk zu seinem willenlosen Sklaven oder doch stummen Diener gemacht hatte, zu seinem ersten schwachen Beamten, also zu seinem Diener, mit dem Vorbehalte: ihn wenn's dienlich und thunlich scheint mit oder ohne Kündigung auch ganz abzuschaffen.

So hat das französische, angeblich souveräne Volk jetzt einen solchen ersten Diener unter dem Titel eines Republik-Präsidenten erwählt, welcher durch Minister regieren muß. Die s. g. Kernrepublikaner sind damit aber nicht zufrieden, und meinen, von ihrem Ideengange aus ganz folgerichtig, daß diese Zwischenperson ganz überflüssig sei, indem die Minister unmittelbar neben den Volksvertretern den Staat verwalten könnten.

Man hat es hier mit drei Begriffen, Fürst, Volk, Staat zu thun, und nachzusehen wie sich dieselben unter einander verhalten.

Früher sagten die Fürsten, von Ludwig XIV. anzufangen: ich bin der Staat. Das war eben eine Unwahrheit. Im Jahre des Heils 1789 sagte das Volk nach Ausscheidung seines Königs: ich bin der Staat, und das ist wieder auch nichts als eine eben so grobe Unwahrheit. Ja die Unwahrheit ist noch größer und deshalb für die Erkenntniß der Wahrheit um so gefährlicher. Wenn nämlich jener Ludwig den Spruch sagte, so sah jeder, daß er es nicht im eigentlichen, physischen, Sinne sagen konnte. Denn er hatte nur einen Kopf und zwei Arme. Möchte er auch einen weiten Magen haben, so hatte er doch nur immerhin einen Magen. Er konnte den Spruch also nur im uneigentlichen Sinne meinen, er konnte damit nur sagen wollen: ich, Theil des Volkes, habe allein das Recht, den Staat dieses Volkes zu regeln und zu repräsentiren. — Wenn dagegen im Namen des französischen Volkes, der Satz: „ich bin der Staat“ aufgestellt wird, so kann dies von vornherein, auch im eigentlichen, physischen Sinne angenommen und so verstanden werden, daß die 35 Millionen französische Köpfe, und die 70 Millionen Arme (die Paar den Invaliden abgeschossenen kommen wol nicht in Betracht) den französischen Staat ausmachen! Das ist eben das Gefährlichste in diesem Irrthume, daß dadurch die Meinung entsteht, als wenn so und so viel Arme, welche das Schwert schwingen, oder eine Anzahl Hände, die eine Faust machen können, der Staat wären.

Fortsetzung folgt.

## Bekanntmachung.

Se. Maj. der König haben auf den von mir in Gemeinschaft mit dem Herrn Minister des Innern und dem Königl. Finanz-Ministerium auf Grund der Vorschläge des Ober-Präsidiums der Provinz Schlessen erstatteten Bericht zu genehmigen geruht, daß zur Abhülfe des Mangels an einem dem Bedürfnisse entsprechenden ärztlichen Personal in Oberschlessen, ganz besonders aber zur Verhütung der neuen Entwicklung und weiteren Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten, auf Kosten des Staates zur Behandlung der armen Kranken und zur Unterstützung der Kreisphysiker in sanitätspolizeilicher Beziehung für die Kreise Rybnick, Pleß, Beuthen, Gleiwitz, Kosel, Groß-Strehlitz, Oppeln, Rosenberg und Kreuzburg 26 Distrikt-Aerzte vorläufig auf ein Jahr angestellt werden.

Es ergeht daher an sämtliche qualifizierte Aerzte des Inlandes, welche eine solche Stelle zu übernehmen wünschen, die Aufforderung, sich dieserhalb bei der Königlichen Regierung zu Oppeln, spätestens bis zum 15. März d. J., unter Einreichung der unten bezeichneten Atteste, zu melden.

Berechtigt zur Bewerbung sind nur solche Medizinal-Personen, welche als Aerzte, Wundärzte und Geburtshelfer approbirt sind, und Zeugnisse über ihre moralische Führung, wo möglich auch über die von ihnen bewiesene Bereitwilligkeit bei Behandlung armer Kranken, beizubringen im Stande sind.

An Besoldung und zugleich als Entschädigung für die zu machenden Reisen werden den Bezirks-Aerzten aus der Staats-Casse jährlich 500 Rthlr. bewilligt.

Diejenigen Distrikt-Aerzte, welche durch treue und umsichtige Er-

füllung ihrer Dienstpflichten sich ausgezeichnet haben, werden bei Bewerbungen um vacante Physikatstellen, vorausgesetzt, daß sie sich im Besitze des Fähigkeits-Zeugnisses befinden, gleich den bereits angestellten und eine Versetzung nachsuchenden Kreisphysikern, vorzüglich berücksichtigt werden.

Berlin, den 8. Februar 1849.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

v. Ladenberg.

## Deutschland.

**Berlin, 10. Febr.** Nachdem die preussische Regierung durch die neulich erlassene Circularnote an die deutschen Höfe den Weg angedeutet, den sie behufs definitiver Ordnung der deutschen Verfassungsfrage zu gehen gedenkt, scheint auch das Reichsministerium nichts veräumen zu wollen, was das Gelingen des großen Werkes befördern kann. Wir erfahren nämlich, daß Hr. v. Gagern ein Rundschreiben an die deutschen Cabinette gesendet hat, worin die Centralgewalt erklärt, daß von allen Regierungen, welche zwischen der ersten und zweiten Lesung der Verfassung ihre Bemerkungen nicht eingesendet haben, angenommen werden würde, daß sie die Verfassung, so wie sie aus den Beratungen der Nationalversammlung hervorgeht, anzunehmen gesonnen seien. Dieser Schritt des Reichsministeriums steht allerdings im Einklange mit der Stelle in der preussischen Note, wo die Regierung eine nachträgliche Negation der Thätigkeit des Parlaments als den nationalen Bedürfnissen wenig entsprechend bezeichnet. D. N. 3.

**Berlin, 12. Febr.** Das Staats-Ministerium soll auf Antrag des Kriegsministers beschlossen haben, den Kampf der Truppen im Großherzogthum Posen, rücksichtlich der damit verbunden gewesen Gefahren, Mühen und großen Anstrengungen, einem Feldzuge gleich zu achten und daher die Berechnung der Dienstzeit als ein Kriegsjahr in Anrechnung zu bringen. — Der durch Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 29. Febr. für 1848 für Rheinland und Westfalen konzeßionirte Köln-Münster-Vieh-Versicherungs-Verein ist durch Königl. Genehmigung vom 2. Februar d. J. auf die ganze preuß. Monarchie ausgedehnt worden. Deutsche Ref.

**Berlin, 10. Febr.** Die Kammergerichts-Präsidenten v. Strampff und Bonserie haben dem Justizminister ein Gutachten zugefertigt, in welchem sie von der praktischen Anwendung der Gesetze über Reorganisation der Rechtspflege bis zu dem Zeitpunkte abrathen, in welchem die künftige Volksvertretung jene Gesetze revidirt und anerkannt haben wird. M. 3.

\* **Frankfurt, 13. Febr.** In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurden die Paragraphen der Grundrechte 43 und 44 in folgender Fassung angenommen:

§. 43. „Jede deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter; b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten; c) die Veröffentlichung ihres Gemeinde-Haushalts; d) Öffentlichkeit der Verhandlungen, so weit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten.“

§. 44. „Jedes Grundstück muß einem Gemeinde-Verbande angehören. Beschränkungen gegen Waldungen und Wüsteneien sind der Landes-Gesetzgebung vorbehalten.“

In ihrer heutigen Sitzung berieth die Versammlung über die folgenden §§. 45 und 46 der Grundrechte. Dieselben wurden wie nachstehend angenommen:

§. 45. „Jeder deutsche Staat muß eine Verfassung mit Volksvertretung haben.“

§. 46. „Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, der Besteuerung, der Ordnung des Staatshaushalts und das Recht der Initiative bei der Gesetzgebung. Die Minister sind ihr verantwortlich. Die Sitzungen der Landtage sind öffentlich. Die regelmäßigen Sitzungen der Landes-Verfassungen dürften nicht zusammenfallen mit denen der Reichs-Verammlung.“

**Köln, 13. Febr.** Wie zu erwarten stand, sind bei den gestrigen Wahlen für die erste Kammer in unserm Regierungsbezirke lauter konstitutionelle, oder wie die neue „rhein. Ztg.“ sie nennt, Arheuler gewählt worden; mehrere derselben hatten sich, weil ihre persönlichen Verhältnisse ihnen die Annahme des Mandats nur mit sehr großen Opfern möglich machen, fast bis zum letzten Augenblicke auf's Ernstlichste die angetragene Candidatur verboten, nach erfolgter Wahl aber haben sie die Zusicherung ertheilt, dem Vertrauen der Wähler entsprechen und annehmen zu wollen. Unser Regierungsbezirk kann somit darauf rechnen, daß er in der ersten Kammer nur von tüchtigen, unabhängigen und zugleich — freilich nicht im Sinne der rothen Republik — liberalen Männern vertreten sein wird; wollte Gott, daß wir dies auch von seiner Vertretung in der zweiten Kammer sagen könnten!